

**Ansprache des Präsidenten des Sächsischen Landtags, Herrn Erich Iltgen,  
am 3. Oktober zum Festakt aus Anlass des Tages der deutschen Einheit**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
sehr verehrter Herr Dr. Gauck,  
sehr geehrter Herr Staatsminister Mackenroth,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Gäste zur traditionellen Feierstunde anlässlich des Tages der Deutschen Einheit im Sächsischen Landtag begrüßen zu können.

Ich begrüße ganz herzlich die Damen und Herren Abgeordneten des Europaparlaments, des Deutschen Bundestags und des Sächsischen Landtags sowie ehemalige Abgeordnete.

Ich begrüße die Mitglieder der Staatsregierung, des Verfassungsgerichtshofs und des Konsularischen Korps sowie die Vertreter der Kirchen, der Städte und Gemeinden, der Bundeswehr, des öffentlichen Lebens und der Medien.

Wir nehmen heute zum 17. Mal die Gelegenheit wahr, unsere Freude über die deutsche Einheit gemeinsam zum Ausdruck zu bringen.

Und wir verbinden damit den Stolz, diesen in der deutschen Geschichte einmaligen Prozess im wiedererrichteten Freistaat Sachsen auf eigenständige Weise mit verwirklicht zu haben und im Bund der deutschen Länder mit vollenden zu können.

Wir haben in Sachsen auf dem Wege der friedlichen Revolution maßgeblich dazu beigetragen, dass die historische Stunde der deutschen Einheit möglich geworden ist und die Chance wahrgenommen, die sich am 3. Oktober 1990 für unser Land eröffnet hat.

Heute können wir uns als ein erwiesenermaßen erfolgreiches deutsches Bundesland den aktuellen Herausforderungen stellen, die in Deutschland im Zuge von Reformen und des demografischen Wandels für die politische Tagesordnung bestimmend sind.

Der Tag der Deutschen Einheit eröffnet aber nicht allein die Möglichkeit, uns mit dem Erbe der friedlichen Revolution und der Verwirklichung ihrer wesentlichen politischen Forderungen zu befassen und aus der Entwicklung seit 1990 Bilanz zu ziehen.

Er nimmt uns zugleich auch immer wieder in die Pflicht, die Zeit vor der Wende von 1989/90 zu vergegenwärtigen und uns die über vier Jahrzehnte gewachsenen Ursachen des Aufbruchs in die Freiheit in Erinnerung zu rufen.

Wir werden damit der besonderen Bedeutung des gesellschaftlichen Anliegens gerecht, die Taten und Folgen der SED-Diktatur nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Gleichermaßen tragen wir aber auch dazu bei, die realen Zustände in der ehemaligen DDR im Allgemeinen und in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit nicht aus dem persönlichen und öffentlichen Bewusstsein zu verlieren und der Entstehung kollektiver Gedächtnislücken entgegenzuwirken.

Es besteht heute ein weitest gehender Konsens darüber, in der Aufarbeitung totalitärer Herrschaft und ihrer Strukturen nicht nachzulassen, sondern diese vielmehr intensiv weiterzuführen.

Unser gegenwärtiger Umgang mit der Vergangenheit entscheidet maßgeblich über das Gelingen, der historischen Wahrheit auch vor den heranwachsenden und nachfolgenden Generationen gerecht zu werden.

Wir dürfen daher keine Möglichkeit unversucht lassen und müssen nach neuen und zeitgemäßen Wegen suchen, gerade jungen Menschen das Schicksal der Opfer politischer Verfolgung nahe zu bringen sowie die Erfahrungen des Widerstandes gegen menschenverachtendes Unrecht weiterzutragen.

Dabei gilt es deutlich zu machen, dass die freiheitliche Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern vielmehr ein äußerst kostbares Gut, für das im 20. Jahrhundert von Generation zu Generation unzählige Opfer gebracht worden sind.

Wie hoch der Wert der Freiheit von Gewalt und Unterdrückung in der Geschichte generell zu veranschlagen ist, können wir ermessen, wenn wir das 20. Jahrhundert als Jahrhundert der Kriege und Genozide, diktatorischer und totalitärer Gewaltherrschaft vor unserem geistigen Auge vorüberziehen ziehen lassen.

Zählen wir doch einmal nur allein für Europa die Jahre, in denen man von Demokratie, von Freiheit und Frieden für alle Völker des Kontinents sprechen kann.

Und es genügt darüber hinaus ein Blick in die gegenwärtige Welt, um uns diesen politischen Tatbestand zu bestätigen.

Freiheit und Demokratie sind trotz ihrer Beständigkeit in einigen Staaten der Erde kein Erbe, das als eine Art von Gewohnheitsrecht von Generation zu Generation weitergegeben wird.

Sie muss vielmehr immer wieder gegenüber dem Denken und Handeln der Gegner der offenen und pluralen Gesellschaft mit aller Entschlossenheit verteidigt werden.

Und das ist heute so und wird auch in Zukunft so bleiben, weil sich die Formen von Extremismus und Fundamentalismus, von Rassismus und Nationalismus zwar wandeln können, aber als Kräfte innerhalb der Geschichte nicht ernst genug genommen werden können.

Das hat uns das 20. Jahrhundert gelehrt. Und das scheint im 21. Jahrhundert ganz offensichtlich nicht anders zu sein.

Bürgerschaftliches Engagement, der Wille zur politischen Mitbestimmung, das Eintreten für die Würde des Menschen, die Mitverantwortung des Einzelnen bei der Gestaltung des Gemeinwesens und die lebendige Pflege der von der Verfassung getragenen Werte:

Das sind und bleiben daher auch in Deutschland grundlegende Voraussetzungen von Freiheit und Demokratie, für ihre Zukunftsfähigkeit und für ihren nachhaltigen Bestand.

Zivilcourage, wie sie 1989 auf Straßen und Plätzen gezeigt worden ist, als sich der Freiheitswille gegenüber der Diktatur durchgesetzt hat, wird dabei immer als eine Tugend des mündigen Bürgers gefragt sein und sollte nach besten Kräften und von Kindesbeinen an gehegt und gefördert werden. Angesichts der Versuche den Rechtsextremismus in die Mitte der Gesellschaft hineinzutragen, bekommt diese Aussage ihren aktuellen Bezug.

„Menschen haben eine Wahl zwischen besseren und schlechteren Verhaltensweisen, zwischen dem Bewahren von Menschlichkeit und blindem Gehorsam.“

Dieses so einfache und zugleich so klare Wort ist mit Blick auf die Zeiten des Unrechts gesagt worden und erweist seine Wahrheit, weil es nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart und für die Zukunft gilt.

Der das nicht nur sagt, sondern auch zutiefst erfahren hat, ist kein Geringerer als unser heutiger Festredner und ich bin ihm sehr dankbar dafür, dass er sofort zugesagt hat, heute zu uns zu sprechen.

Sehr geehrter Herr Dr. Gauck, ich darf Sie ganz herzlich zu diesem festlichen Anlass hier im Sächsischen Landtag begrüßen.

Als eine Persönlichkeit, die im Dienst der Aufarbeitung der Vergangenheit gestanden hat, haben Sie an einer der sensibelsten Nahtstellen des öffentlichen Lebens Zeitgeschichte geschrieben und sind allen hier Anwesenden wohlbekannt.

Ein Buch über Sie trägt den vielsagenden Titel „Joachim Gauck. Die Biografie einer Institution“.

Und es trägt ihn zu Recht, sofern darüber nicht die Lebensleistung übersehen wird, die sich in einer solchen Instanz ja bei weitem noch nicht erschöpft und gleichwohl den biografischen Hintergrund dazu bildet.

Ich möchte diese Gelegenheit daher sehr gerne wahrnehmen, um wenigstens auf einige Eckdaten der Biografie hinzuweisen, die ich persönlich für wichtig halte und an die gerade an einem Tag wie dem heutigen ganz besonders erinnert werden soll.

Denn wir bewegen uns mit seinem Lebenslauf mitten ins Vorfeld der friedlichen Revolution, die einmal nicht ganz zu Unrecht als „protestantische“ Revolution bezeichnet worden ist.

Protestantisch im doppelten Wortsinn, weil sie – woran wir uns auch hier in Dresden noch sehr genau erinnern können - ganz wesentlich als Bürgerprotest aus dem kirchlichen Raum heraus auf die Straßen und Plätze getragen worden ist.

Der Rostocker Pfarrer Gauck steht in einer Reihe mit Persönlichkeiten wie die Bürgerrechtler Christof Ziemer oder Christian Führer, die aus der Friedens- und Umweltbewegung der 80-er Jahre heraus zu den geistigen Initiatoren der Montagsdemonstrationen des Herbstes 1989 geworden sind.

Heute stehen sie stellvertretend und beispielhaft für die Opposition in der ehemaligen DDR.

Es war in ihrem Fall keine lautstarke, keine Aufsehen erregende, sondern die Menschen aus tiefsten Herzen heraus bewegende Opposition.

Es war eine Opposition, auf die das Sprichwort vom steten Tropfen, der letztendlich den Stein höhlt, wahrhaft zutreffend ist.

Der Geist ist hier der unscheinbare Tropfen. Der Stein verkörpert die Macht. In den Gottesdiensten des Pfarrers haben die Demonstrationen in Rostock ihren Ausgang genommen und in der entscheidenden Stunde, als noch alles auf Messers Schneide lag, findet er wie viele seiner Mitstreiter den Weg in die Politik.

Politik war damals als ein Handeln zu verstehen, das die Dinge von der Basis her verändern wollte und die Welt auch tatsächlich verändert hat.

Politik war in diesem historischen Augenblick Widerstand gegen eine staatliche Ordnung und eine Regierung, die nicht mehr auf den Menschen gezählt hat und dann auch nicht mehr mit den Menschen rechnen konnte.

Als Mitbegründer und Sprecher des „Neuen Forums“ wird Joachim Gauck dann im März 1990 Abgeordneter von Bündnis 90 in der ersten frei gewählten Volkskammer der ehemaligen DDR und Vorsitzender des Parlamentarischen Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit.

Heute vor 17 Jahren, am 3. Oktober 1990, wurde er nach nahezu einstimmiger Wahl durch die Volkskammer von der Bundesregierung zum „Sonderbeauftragten für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR“ berufen und 1995 vom Bundestag als Bundesbeauftragter für weitere fünf Jahre bestätigt.

Bald schon war die „Gauck“-Behörde in aller Munde.

Bis zum Jahr 2000 gingen dort mehr als viereinhalb Millionen Anträge auf Akteneinsicht ein, darunter etwa ein Drittel von Privatpersonen.

Von den 180.000 Regalmeter umfassenden Unterlagen mit 40 Millionen Karteikarten und Hunderttausenden Bild- und Tondokumenten sind unter Gaucks Leitung rund drei Viertel erschlossen worden.

Und immer wieder werden wir mit neuen Meldungen über die Aufdeckung von Tatbeständen konfrontiert, die das Unrecht in der ehemaligen DDR dokumentieren und die Erfahrungen der Opfer und Täter vor der Geschichte bezeugen.

Am Ende seiner zweiten Amtszeit machte Joachim Gauck noch einmal öffentlich deutlich, dass die Aufarbeitung der Stasi-Akten noch 20 bis 30 Jahre andauern werde, was – wie ich hinzufüge – für die SED-Diktatur insgesamt Geltung besitzt.

Das spricht ausdrücklich und unmissverständlich für die weitere Bedeutung der Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde, was zumindest in Sachsen - bis auf wenige Ausnahmen - außer Zweifel steht.

Hier wird auch von politischer Seite zur Kenntnis genommen und ganz besonders gewürdigt, dass zu den aktuellen Schwerpunkten der Behörde in zunehmendem Maße auch die Zusammenarbeit mit den Trägern der politischen Bildung zählt.

So wurde 2006 zwischen dem Kultusministerium des Freistaates Sachsen und der Stasi-Unterlagenbehörde eine Kooperationsvereinbarung zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit insbesondere im Bildungsbereich getroffen.

Wichtige regionale Partner für diese Zusammenarbeit sind die Sächsische Akademie für Lehrerfortbildung, die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, das Sächsische Bildungsinstitut in Meißen und das Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V.

Darüber hinaus bestehen zahlreiche direkte Kontakte zu Schulen und Berufsbildungseinrichtungen.

Was nun unseren Festredner betrifft, so ist er in den zurückliegenden Jahren in der Öffentlichkeit präsent geblieben, sodass in seinem Falle von einem Ruhestand ganz und gar keine Rede sein kann.

2003 wurde er zum Vorsitzenden des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ gewählt, der sich auch und in starkem Maße mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit befasst.

Initiativen wie diese setzen Hoffnungszeichen. Sie stehen für Wahrheit und Klarheit. Dafür hat sich Joachim Gauck immer eingesetzt. Kein „Held“ – davon hatten wir in der Geschichte schon genug -, aber ein vorbildlicher Demokrat und ein Christ, der im Innersten erfahren hat, was Dietrich Bonhoeffer meint, wenn er von „Widerstand und Ergebung“ spricht.

Wir brauchen diese Wahrheit und Klarheit im politischen Tagesgeschäft, aber wir müssen sie auch verinnerlichen.

In der DDR ist vielen Menschen das moralische Rückgrat gebrochen worden, nicht zuletzt durch die immerwährende Präsenz der Staatssicherheit.

Joachim Gauck hat damals sehr vielen Menschen ein würdiges Beispiel dafür gegeben, wie man in Zeiten des Schweigens den aufrechten Gang nicht verliert.

Er hat aber darüber hinaus unter Beweis gestellt, dass man sich eines solcherart erworbenen Rückgrats auch im Kreuzfeuer öffentlicher Meinungsbildung sicher sein kann.

Wir dürfen gespannt darauf sein, was Joachim Gauck uns heute zum Themenkreis „17 Jahre deutsche Einheit“ zu sagen hat, der für uns so viel mehr an Geschichte und an Erfahrung enthält, als diese zwei Jahrzehnte fassen können.

Ich danke Ihnen.